

# Zündstoff im Energiewende-Lager

**Umfrage** Zehn Tage vor der Entscheidung holt die SVP im Abstimmungskampf gegen die Energiestrategie auf. Die Befürworter reagieren nervös – und schieben sich vor dem Endspurt die Verantwortung zu.

Dominic Wirth

Zehn Tage noch, dann entscheidet sich, wie es mit der Schweizer Energiepolitik weitergeht. Am 21. Mai befindet das Volk über die Energiestrategie 2050. Und die jüngsten Umfragen zeigen: Es könnte knapper werden, als man das gemeinhin erwartet hat. Der Vorsprung des Ja-Lagers schmilzt. Das zeigt sowohl die jüngste Tamedia-Umfrage als auch jene der SRG. So haben sich in der dritten Online-Befragung von Tamedia noch 53 Prozent für ein Ja oder eher für ein Ja ausgesprochen. Das Nein-Lager kam auf 45 Prozent. Bei der ersten Erhebung

**Abstimmung**  
21. Mai  
Energiestrategie 2050

einen Monat zuvor sprachen sich 56 Prozent für und 42 Prozent gegen die Energiestrategie aus. Ein ähnlicher Trend lässt sich aus der Telefonumfrage von gfs.bern für die SRG herauslesen. Dort lag die Zustimmung vor einem Monat noch bei 61 Prozent. Mittlerweile ist sie auf 56 Prozent gesunken. Das Nein-Lager legte im selben Zeitraum von 30 auf 37 Prozent zu.

Obwohl ein Ja laut gfs.bern weiterhin das wahrscheinlichere Ergebnis ist: Die Befürworter der Energiestrategie reagieren nervös auf die neuesten Umfragen. Und sie nehmen sich im Schlusspurt vor der Abstimmung gegenseitig in die Pflicht. Regula Rytz, die Präsidentin der Grünen, erhofft sich vom schmelzenden Vorsprung neuen Schwung für

die Ja-Kampagne. «Jetzt sehen alle, dass unser Sieg keineswegs sicher ist. Die Umfragen kommen genau zum richtigen Zeitpunkt», sagt die Bernerin. Sie erwartet, dass die CVP und die Befürworter in der FDP noch einmal «richtig Gas» geben. «Die grüne Basis steht geschlossen hinter der Energiewende. Jetzt kommt es auf die Wähler und vor allem die Wählerinnen der CVP und der FDP an, denn sie machen den Unterschied», sagt Rytz.

**FDP-Ständerat Müller kritisiert die CVP**

Damit liegt der Ball im Lager der bürgerlichen Befürworter. Damian Müller, Ständerat aus Luzern und einer der Befürworter innerhalb der FDP, die sich nur knapp für eine Ja-Parole ausgesprochen hat, gibt ihn sogleich weiter an die CVP. Die ist im Abstimmungskampf des Ja-Lagers federführend. Müller findet allerdings, dass ihre Vertreter bisher zu wenig in Erscheinung treten – einmal abgesehen von Doris Leuthard, der CVP-Bundesrätin und Energieministerin. Für sie ist die Energiestrategie ein Prestigeobjekt. «Bundespräsidentin Leuthard vertritt die Energiestrategie mit Herzblut, aber die CVP-Exponenten stehen bisher im zweiten Glied», sagt Müller. Der 32-jährige erwartet, dass die CVP-Politiker «nun rausgehen, präsent sind und ihre Wähler mobilisieren». Bei der CVP finden diese Worte indes wenig Anklang. Nationalrat Stefan Müller-Altermatt spielt den Ball zurück: «Wir müssen alle gemeinsam an die Säcke, aber am Ende werden wohl die FDP-Anhänger das



Gösigen im Kanton Solothurn, im Hintergrund das AKW.

Bild: Benjamin Manser (1. November 2016)

Zünglein an der Waage spielen», sagt der Präsident der nationalrätlichen Energiekommission. Auch die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Zustimmung in der CVP-Basis derzeit deutlich höher ist als bei der FDP.

Ursache für die Aufholjagd der SVP, die den Kampf gegen die Energiestrategie 2050 anführt, ist sowohl für die Grüne Regula Rytz als auch für Müller-Altermatt die aggressive Nein-Kampagne. «Wir haben halt keine derart üppige Kriegskasse», sagt Müller-Altermatt, der von einer «millionenschweren Fake-News-Kampagne» spricht. Auch Rytz ärgert sich über die SVP-Plakate, die etwa vor Mehrkosten von 3200 Franken pro Jahr und Haushalt warnen – oder davor, dass mit der Energiestrategie die Versorgungssicherheit gefährdet wird und der Bevölkerung letztlich kalte Duschen drohen. «Eine solche Lügenkampagne hat es noch nie gegeben, für mich zerstört die SVP auf diese Art ein Stück weit unsere demokratische Kultur», sagt Rytz.

Der SVP-Präsident Albert Rösti kontert, dass die SVP sich bei ihren Berechnungen auf Zahlen aus der Botschaft des Bundesrats stütze. «Die Bevölkerung realisiert allmählich, dass eine Energiewende für 40 Franken pro Haushalt nicht zu haben ist», sagt der Berner. Der Energiepolitiker will die Umfragen nicht überbewerten, sagt aber auch: «Der Trend motiviert uns natürlich. Jetzt gilt es, in den letzten Tagen noch einmal zu kämpfen.» Der Schweiz steht also ein heisser Endspurt im Abstimmungskampf bevor.

## Türkei erobert über Nato-Partner

**Syrien** Ankara droht den USA mit Konsequenzen, sollte es zu den geplanten Waffenlieferungen an die Kurdenmiliz YPG kommen.

In scharfer Form hat die türkische Regierung gestern die Entscheidung der USA kritisiert, die syrisch-kurdische YPG-Miliz mit schweren Waffen aufzurüsten. Während Sprecher der syrischen Kurden von einer «historischen Entscheidung» sprechen, sieht sich Ankara völlig vor den Kopf gestossen. Diese Entscheidung ist «nicht akzeptabel», sagte der stellvertretende Ministerpräsident Nurettin Canikli. Es sei völlig falsch, «Terrorismus mit Terroristen» zu bekämpfen. Ausserminister Mevlüt Cavusoglu sagte während eines Besuchs in Montenegro: «Jede Waffe, die der YPG in die Hände fällt, ist eine Bedrohung für die Türkei.» Ministerpräsident Binali Yildirim drohte den USA sogar mit weitreichenden Konsequenzen, sollten sie ihre Entscheidung nicht noch einmal überdenken.

Die US-Armee arbeitet im Kampf gegen den «Islamischen Staat» (IS) in Syrien seit Jahren mit der kurdischen YPG-Miliz zusammen. Geliefert werden jetzt schwere Maschinengewehre und gepanzerte Fahrzeuge. Im Moment bereitet die US-Armee gemeinsam mit dem SDF (Bündnis demokratischer Kräfte), in dem die YPG die Mehrheit stellt, die

Befreiung Rakkas vor. Rakka gilt als Hauptstadt des IS und ist die letzte vom IS kontrollierte grössere Stadt in Syrien.

Die türkische Regierung kritisiert seit langem die Zusammenarbeit der USA mit den syrischen Kurden. Nachdem es bei dem früheren Präsidenten Barack Obama kein Gehör gefunden hatte, setzte Ankara grosse Hoffnungen in Donald Trump.

**Krise kurz vor Erdogans USA-Besuch**

Trump stand deshalb seit seiner Wahl vor der Entscheidung, entweder gegen den Rat seiner Militärs die YPG fallen zu lassen oder die Türkei zu brüskieren. Ausgerechnet eine Woche vor Erdogans geplantem Antrittsbesuch in Washington am 16. April hat Trump sich nun für die Kurden und gegen den Nato-Partner Türkei entschieden. Erdogan hat dem US-Präsidenten zuvor mehrfach angeboten, falls er sich von der YPG abwende, könnte die türkische Armee an deren Stelle die Bodentruppen für den Sturm auf Rakka stellen.

Doch sowohl Russland als auch die USA befürchten, dass dies eine Friedensregelung für Syrien erschweren und Erdogan

in Syrien zu viel Einfluss einräumen würde. Vor allem aber wollte die US-Armee ihre erprobten kurdischen Bündnispartner nicht fallen lassen. Seine militärischen Berater konnten Trump offenbar davon überzeugen, dass ein baldiger Erfolg in Rakka dadurch gefährdet wäre. Trump ist aber gerade jetzt, da er innenpolitisch unter Druck ist, sehr an einem schnellen militärischen Erfolg in Syrien gelegen.

Damit ist Erdogans wichtigstes Ziel, in Syrien eine politisch starke kurdische Autonomieregion zu verhindern, kaum noch zu realisieren. Aus Sicht der türkischen Regierung, die die YPG als hundertprozentigen Ableger der türkisch-kurdischen PKK betrachtet, entsteht damit entlang der türkischen Grenze de facto ein PKK-Staat.

Wie weit die Wut in Ankara geht, zeigte gestern eine Bemerkung von Ilnur Cevik, dem für Kurdenfragen zuständigen Berater Erdogans. Die türkische Luftwaffe, sagte er, würde auch weiterhin YPG-Stellungen bombardieren, und es könne dann eben auch passieren, dass US-Soldaten dabei getroffen werden.

Jürgen Gottschlich, Istanbul

## EU will Regeln für fairen Handel

**Freihandel** Die EU will auf die Globalisierungsgängste ihrer Bürger reagieren. Gestern stellte sie ein Strategiepapier vor.

Die Wahlforscher sind sich einig: Die Globalisierungsverlierer haben wesentlich zum Aufstieg des Rechtspopulismus beigetragen. Die EU will daraus nun Konsequenzen ziehen: «Europa muss dabei helfen, das globale Regelwerk neu zu schreiben, damit freier Handel fairer Handel wird», so der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans gestern in Brüssel. Zusammen mit seinem Kollegen Jyrki Katainen, dem finnischen EU-Kommissar für Wachstum und Investitionen, stellte er ein entsprechendes Reflexionspapier vor. Dessen Titel ist zugleich Programm: «Die Globalisierung meistern». Das als Denkanstoss konzipierte Papier ist Teil der grösseren Reformdebatte zur Zukunft der EU und soll den EU-Mitgliedstaaten als Diskussionsgrundlage dienen.

Dabei hält die EU-Kommission fest, wie wenig sie vom Wirtschaftsnationalismus Donald Trumps hält. «Protektionismus bietet keinen Schutz, und Isolationismus führt lediglich zu Isolation», sagte Timmermans. Dagegen gelte es anzuerkennen, dass die Globalisierung eine unumkehrbare Entwicklung und insgesamt ein Gewinn für Europa

sei. Jede zusätzliche Export-Milliarde schaffe 14 000 Arbeitsplätze, ein Drittel des Wohlstandes in Europa komme aus dem Welthandel. Dennoch: All dies nütze «den Bürgern wenig, wenn der Nutzen nicht gerecht und gleichmässig verteilt wird», so Timmermans.

**Freihandelsabkommen mit europäischen Werten**

Dazu will sich die EU-Kommission vermehrt in internationalen Gremien für fairere Spielregeln einsetzen – etwa für weltweit geltende Richtlinien zur Steuervermeidung. Aber auch künftige Freihandelsabkommen sollen Werte und Normen widerspiegeln und so vor Sozial- und Umweltschutz schützen.

Innerhalb Europas sollen die Bürger durch den Ausbau der Sozial- und Bildungspolitik «widerstandsfähiger» gegen die negativen Effekte der Globalisierung gemacht werden. Der von der Juncker-Kommission vorangetriebene «soziale Pfeiler», der die Wirtschafts- und Währungsunion zusätzlich stützen soll, greife genau diese Punkte auf.

Für EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker steht das Thema ganz oben auf der Prioritätenliste. Regelmässig

rückt er die Herausforderungen der Globalisierung ins Zentrum seiner Reden, erklärt sie geradezu zur Raison d'être der Europäischen Union. So sagte er im Rahmen seiner Europarede Ende des vergangenen Jahres: «Alle Probleme, die mit Globalisierung und deren Folgen zusammenhängen, können wir als Nationalstaaten nicht in unserem Sinne regeln. Die Europäische Union ist die einzige Lösung, die Europa findet, um in der Welt von morgen bestehen zu können.»

Aus dem EU-Parlament wird das gestern präsentierte Reflexionspapier von linker Seite als zu lasch kritisiert. Es gehe zwar in die richtige Richtung, doch die Forderungen hätten «klarer und stärker» formuliert werden müssen, sagte Bernd Lange, der sozialdemokratische Vorsitzende des Handelsausschusses.

Auch Ska Keller, Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament, kritisiert das Papier. Konkret fordert sie, dass «die Globalisierungsgewinner, wie etwa die grossen internationalen Konzerne, endlich einen guten Beitrag zum Gemeinwohl leisten», so Keller.

Remo Hess, Brüssel